

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

132 (9.6.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Erstausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Siegler in Karlsruhe.

Mit einer Niederlage der Regierung

fand die Debatte über das Eisenbahnbetriebsbudget ihren Abschluß. Herr Fröhlich hatte in seinem Schlußwort zu dem Antrag auf Kündigung der Tarifreform und Einführung des Schnellzugtarifs noch einmal gründlich mit der Regierung sowohl als mit den Vertretern der Wahrheit und Inkonsistenz abgerechnet. Es war eine der erfrischendsten Reden dieser achtstägigen, mitunter sehr langweiligen Debatte. Herr Wildens konnte demgegenüber nur ein Klagesied über den Ton der Fröhlich'schen Rede anstimmen, sachlich zu widerlegen war eben diese Rede nicht, dafür sollte der Schluß der Sitzung den schlafendsten Beweis erbringen.

Die Spezialdebatte — so glaubte man allgemein — wird ruhig und kurz verlaufen. Zunächst schien es auch so. Abg. Weichold brachte einige Beschwerden der Arbeiter vor, welche die Main-Neckarbahn betreffen müssen und gezwungen werden, mit Billetten 3. Klasse 4. Klasse zu fahren, oder bis zum nächsten Zug zu warten. Die Weichold'sche Rede machte auf der Regierungsbank — wie so manche andere Rede der letzten Tage — erschütternd keinen Eindruck. Schon wollte der Präsident weiterfahren, da erbat sich Abg. Fröhlich das Wort. Und nun folgte eine dramatische Szene der andern und das ganze Haus lauschte in atemloser Spannung den Reden. Herr Fröhlich forderte kategorisch eine Antwort der Regierung auf die Weichold'schen Beschwerden und erinnerte an das von Minister v. Marschall auf dem letzten Landtag abgegebene ausdrückliche Versprechen, daß kein badischer Bürger, der ein Billet 3. Klasse gekauft hat, gezwungen wird, 4. Klasse zu fahren.

Eine ganze Woche hindurch lächelten die Herren auf den Regierungsbänken, wenn von dem Einfluß Preußens auf die badische Eisenbahnverwaltung die Rede war und auch die Vertreter der beiden großen Parteien glaubten diese Behauptung mit Redensarten abtun zu können. Und nun auf einmal wurde der Beweis für diese Behauptung vom Minister der Eisenbahnen selbst erbracht. Herr v. Marschall schien wie vom Blitze getroffen, als Abg. Fröhlich ihn kategorisch aufforderte, nun endlich klipp und klar eine Antwort darüber zu geben, ob wir noch unsere Tarifhoheit besitzen. Vielleicht hat noch nie ein Parlament den Anblick eines so hilflosen von Beklemmungen geplagten Ministers gesehen, wie der badische Landtag am Samstag um die Mittagsstunde. Herr v. Marschall sah zuerst hilflos nach seinen Räten, um dann plötzlich aufzustehen und so etwas wie eine Regierungserklärung herzustellen. Die Arbeiter würden — so meinte der Herr Minister — seit Ende Mai vorigen Jahres nicht mehr gezwungen, einen Stuhlplatz vierter Klasse mit Billet 3. Klasse zu benutzen, vielmehr hätten sie jetzt Anspruch auf einen Sitzplatz in der vierten Klasse. Die Tatsache, daß Inhaber von Billetts 3. Klasse gezwungen werden, die 4. Klasse zu benutzen, stellte also der Minister nicht nur nicht in Abrede, sondern bestätigte sie ausdrücklich und dies im Gegensatz zu seiner bestimten Erklärung auf dem letzten Landtag, daß niemand auf der badischen Strecke der Main-Neckarbahn gezwungen werde, mit Billet 3. Klasse die 4. Klasse zu benutzen. Jedermann, der nicht mit Blindheit geschlagen ist oder an übertriebenen Optimismus leidet, mußte es von diesem Augenblick an klar sein, daß der badische Eisenbahnminister sich nicht stark genug fühlte, preußisch-junkerlichen Annahmen gegenüber sein dem Landtag gegebenes Versprechen aufrecht zu erhalten.

Die Abgg. Fröhlich, Kolb und Dr. Frank stellten diese Tatsache alsbald fest. Auf den Bänken der beiden großen Parteien sah man auf den Gesichtern die Verblüffung, welche die Rede des Ministers hervorgerufen hatte. Sowohl Herr Obkircher als Herr Wildens mußten zugeben, daß die jetzige Erklärung des Ministers in striktem Widerspruch zu der auf dem letzten Landtag abgegebenen steht. Herr Obkircher meinte nur, es handle sich hier nur um eine Einzelfrage, die keinen Anlaß biete, dem Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten auf Kündigung des Tarifvertrages zuzustimmen. Das Zentrum und die Nationalliberalen geben sich aber einer großen Selbsttäuschung hin, wenn sie diese Auf-

fassung des Herrn Obkircher teilen. Hier stand das ganze Prinzip der Streitfragen auf der Tagesordnung, die seit Jahren Gegenstand der Erörterungen bilden. Hat man doch nicht nur auf der Main-Neckarbahn unsere Tarifhoheit beiseite geschoben, sondern auch auf der ganz badischen Strecke Rastatt-Nöschwog, wo man ebenfalls Passagiere mit Billetts 3. Klasse zwang, die 4. Klasse zu benutzen. Der Minister entschuldigte sich damit, daß er davon nichts gewußt habe. Mit Recht hob Genosse Frank hervor, daß der Minister durch diese „Entschuldigung“ seine Amtsführung am schärfsten kritisierte. Begreift denn Herr v. Marschall nicht, welchen Eindruck es machen muß, wenn solche Eingriffe in die badische Tarifhoheit entgegen dem vom Minister der Volksvertretung feierlich gegebenen Versprechen auf unseren badischen Bahnen vorkommen, ohne daß er, der Minister, davon etwas erfährt? Ganz gewiß hat kein badischer Beamter sich die Freiheit herausgenommen, den Minister zu desavouieren und entgegen seiner klaren Erklärung im Landtage zu handeln. Eine solche Handlung eines badischen Beamten gegen den verantwortlichen Minister halten wir für völlig ausgeschlossen. Wer aber hat dann die Anordnungen ohne Wissen und Zustimmung des Ministers, daß Passagiere mit Billetts 3. Klasse 4. Klasse zu fahren gezwungen werden, erlassen? Darüber blieb der Minister die Antwort schuldig und das war das Bezeichnende bei der ganzen Debatte. Unseres Erachtens kann jetzt gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die badische Eisenbahnverwaltung, in erster Linie Herr von Marschall, sich nicht mehr stark genug fühlte, dem Drucke Preußens genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Zwar erklärte der Minister nachträglich, er wolle mit der preußischen und reichslandischen Eisenbahnverwaltung in Verbindung treten, um die Dinge in Ordnung zu bringen und die beiden großen Parteien gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden. Allein gerade diese Erklärung war die vollendete Bankrotterklärung, denn sie befragt nichts mehr und nichts weniger, als daß bisher schon solche Verhandlungen stattgefunden haben, bei welchen aber Baden den Kürzeren gezogen hat. Wenn wir unsere Tarifhoheit noch besitzen, so bedarf es gar keiner Verhandlungen mehr, sondern nur eines Erlasses der Regierung, wonach bestimmt wird, daß die dem letzten Landtag durch den Minister gegebene Erklärung durchgeführt werden muß.

Auffallend war, daß der Minister von seinen Räten völlig im Stiche gelassen wurde. Weder der Generaldirektor, der doch wissen mußte, wer die Anordnungen erlassen hatte, noch der künftige Präsident des badischen Eisenbahndirektionsbezirks der preußischen Eisenbahnen, der jetzige Ministerialdirektor Schulz, der eigentliche spiritus rector des Eisenbahnministeriums, fühlten sich bemüht, dem in der Schlinge zappelnden Minister beizuspringen. Sechs volle Tage lang lächelten die Regierungsvertreter, wenn von dem preußischen Geist die Rede war, der in unserer badischen Eisenbahnverwaltung herrscht. Und nun auf einmal machten die Herren sehr lange Gesichter, auf welchen die Schatten der Bestürzung sich zeigten. Das geschickte Spiel der Vertuschungssystem war mit einem Male plötzlich in die Brüche gegangen, niemand konnte mehr daran zweifeln, daß der preußische Einfluß auf die badische Eisenbahnverwaltung eine unumstößliche Tatsache geworden ist. Wir sind gebunden an Händen und Füßen. Und was das Schlimmste ist, die Mehrheit der Volksvertretung hat den Mut verloren, dieser Tatsache ins Gesicht zu sehen. Die Nationalliberalen und das Zentrum täuschen sich und das badische Volk, wenn sie die jetzt offenkundige Wahrheit noch zu leugnen versuchen.

Nachdem der Antrag auf Kündigung der Tarifabmachungen von den Mehrheitsparteien zu Fall gebracht wurde, gibt's keine Rettung mehr. Jetzt geht's mit Eiltempo auf der schiefen Ebene abwärts, deren Endstation die Verpreuung der badischen Bahnen ist.

Wir glauben nicht, daß ein Ministerium Marschall gewillt oder befähigt wäre, dieses Schicksal von uns abzuwenden. Im Gegenteil, vielleicht ist Herr v. Marschall nur deshalb Minister geworden, weil von ihm am wenigsten Widerstand gegen die Absichten Preußens zu erwarten war. Ein Gefühl tiefster Betrübnis erfüllt uns, wenn wir

uns erinnern, daß Baden einen Rebenius und einen Winter hatte und daß das Erbe dieser Männer einem Herrn v. Marschall überantwortet wurde, dem offenbar zum verantwortlichen Minister nichts weniger als alles fehlt. Und ein Minister, wie Herr v. Marschall, soll der preußischen Junkerbureaucratie die Stange halten und Baden vor dem Verlust seiner Eisenbahnselbständigkeit bewahren. Das glaube wer will, wir halten es für absolut unmöglich.

Badens Volksvertretung hat am letzten Samstag die letzte Möglichkeit, dem badischen Volke seine Eisenbahnselbständigkeit zu sichern, verpaßt. Das Hohngelächter der Herren, die nicht an die Verpreuung unserer badischen Bahnen glauben wollen, wird bald verstummt sein. Das sind dieselben Herren, die auch noch vor wenigen Jahren diejenigen auslachten, die für den Staatsbahnbetrieb auch für die Nebenlinien eintraten, die lachten, als die Fortführung der Hauptlinie von Rastatt nach Rehl gefordert wurde, die lachten, als behauptet wurde, der 2 Pfennig-Tarif bringe keine Minder- sondern Mehreinnahmen, kurz, die Leute, die sich damit begnügen, die „Sachweisheit“ der Regierung in Eisenbahnfragen sich zu eigen zu machen. Einst wurde auch ein List ausgelacht, als er für ein deutsches Staats-eisenbahnetz Propaganda machte, wie überhaupt fast alle Männer, welche Ideen vertreten, die im Kopfe anderer keinen Platz finden können, gewöhnlich ausgelacht werden. Die Geschichte pflegt aber böshafterweise immer den Ausgelachten Recht zu geben.

Badischer Landtag. Zweite Kammer. (87. Sitzung.)

Karlsruhe, 6. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Marschall, Generaldirektor Kolb und Regierungskommissäre.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Spezialbudgets der Verkehrsanstalten und zwar: a) der Eisenbahnbetriebsverwaltung, b) der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung, c) über den Anteil Badens am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn, sowie der hierzu vorliegenden Petitionen und Anträge.
Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.
Es erfolgte das Schlußwort der Antragsteller und des Berichterstatters. Es sprechen

Abg. Ged (Soz.)

zu dem Antrag Ged und Gen. dahingehend, daß der Bau der für den Betrieb der Staatsbahn bestimmten Wagen in den im badischen Lande vorhandenen Waggonfabriken in erster Reihe hergestellt wird. Mit Rücksicht auf verschiedene in der Debatte geäußerte Bedenken soll der letzte Satz des Antrags dahin abgeändert werden: Daß „in der Regel“ die Arbeitszeit der Fabriken nicht über das übliche Maß ausgedehnt werden darf.
Berichterstatter Abg. Dr. Wildens (nl.) wies nochmals auf die von der Kommission in dieser Frage eingenommenen Standpunkte hin und bemerkte, daß gegen den Antrag in seiner jetzigen Fassung wohl nichts einzuwenden sei.

Abg. Fröhlich (frei.) sprach zu dem Antrage Fröhlich und Gen., durch den die Kammer die Regierung ersucht, die anlässlich der Tarifreform abgeschlossenen Verträge zu kündigen und den Zweipfennigtarif für die 3. Klasse aller Züge ohne Schnellzugzuschlag einzuführen. Der Redner wendete sich gegen die gegenüber der Begründung zu seinem Antrage geltend gemachten Einwendungen, durch die sein Standpunkt nicht erschüttert werde. Auch heute betone ich wieder, daß die Verbilligung der Tarife eine Einnahmesteigerung zur Folge haben wird. Wir werden das auch bei dem Zweipfennigtarif erleben. Von dem Herrn Minister und dem Berichterstatter ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte in unschöner Weise von Preußen gesprochen. Das ist nicht richtig. Das, was ich sagte, richtete sich nicht gegen das preußische Volk, ihm unser Herz und unsere Hand. Lassen Sie (die Regierung) das preußische Volk einmal abstimmen über Zweipfennigtarif oder 4. Klasse. Sie werden eine Antwort bekommen, die Sie nicht hinter den Spiegel stecken. Das, was ich bezüglich Preußens sagte, deckt sich mit dem, was gestern von dem Abg. Eichhorn gesagt wurde. Unsere Parteifreunde in Preußen teilen vollständig unsere Auffassung. Nur kommen ein Freiherr und andere und sagen, daß wir unschöne Angriffe gegen Preußen erheben. Sie kommen uns gerade recht. (Große Geisterheit.) Der Redner wendete sich sodann noch gegen verschiedene Aeußerungen des Herrn Ministers, die seine Behauptungen in keiner Weise widerlegt hätten.

Berichterstatter Abg. Dr. Wildens (ntl.): Die zum Teil sehr übertriebenen Ausführungen des Vorredners haben der Sache, um die es sich handelt, keinen Dienst geleistet. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen und dem Zentrum.) Es handelt sich um ernste Fragen, bei denen man nicht den Ton anschlagen sollte, wie es von Seiten des Abg. Fröhlich geschehen ist. (Zustimmung.) Der Abg. Fröhlich verlangt, daß der badische Staat eine eigene Tarifpolitik treiben soll. Wir haben die Auffassung, daß das ein gewagtes Experiment ist, für das Baden ein viel zu kleines Land ist. Wir würden dabei unter den Wagen kommen und zwar in einem Maße, daß unsere Selbständigkeit sehr gefährdet wäre. So kann man mit der Tarifreform, die erst vor zwei Jahren beschlossen wurde, nicht umgehen, daß man jetzt die Verträge kündigt und Tarifpolitik auf eigene Faust treibt. Es muß doch anerkannt werden, daß wir durch die Tarifreform den Zweifelhafte erhalten haben für die Personenzüge und beschleunigte Personenzüge. Während der Zeit des Kilometerheftes mußten wir für den Kilometer 24 Pf. bezahlen. Was das Rauchverbot in den Speisewagen betrifft, so halte ich das für ein unnützes Verbot. Ich möchte die Regierung bitten, dieses Verbot aufzuheben. Es war auch von dem Verbot gegen den „Simplicissimus“ die Rede. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß mir dieses Blatt unsympathisch ist, da es an einer Reihe staatlicher Einrichtungen in einer Weise Kritik übt, die ich nicht billigen kann, besonders, da unsere Jugend auch Kenntnisse aus diesem Blatte schöpft. Wenn ich mit dem Grundtone des Blattes nicht einverstanden bin, so muß ich doch sagen, daß ich das Verbot nicht erlassen haben würde. (Beifall links.) Es widerspricht den freiheitlichen Anschauungen, die wir seit langem in unserem Lande haben. Es wird auch mit einem solchen Verbote das Gegenteil von dem erreicht, was man mit ihm bezweckt. (Sehr richtig.) Die Auffassung des Abg. Fröhlich und unsere Auffassung gehen auseinander. Die Zukunft wird zeigen, wer recht behält. Auch wir wollen mit unserem Standpunkte nur das Wohl des Vaterlandes, was ich auch bei dem Abg. Fröhlich und den Mitunterzeichnern seines Antrages voraussetze.

Die Antragsteller Muser (Dem.), Horst (Soz.) und Schmidt (konf.) verzichteten auf das Schlusswort für die von ihnen eingebrachten Anträge. Darauf erhielt der Berichterstatter

Abg. Dr. Wildens (ntl.) das Schlusswort zum Berichte der Kommission. Der Abg. Eichhorn hat gestern nach längerer Zeit wieder eine Rede gehalten. Wir haben aus ihr gesehen, daß er die Kraft der Sprache nicht verloren hat. (Geisterzeit.) Er kam auf die Vorgänge in Basel zu sprechen. Es wurde damals in einer Weise mit dem Feuer gespielt, die keinen guten Eindruck machte. Daß die Eisenbahnverwaltung alles aufbot, einen Streit zu verhindern, ist nur begreiflich. Die Frage, ob die Eisenbahner volle Koalitionsfreiheit und Streikrecht haben, wurde auch von dem Abg. Eichhorn erörtert. Die Regierung hat ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt und ich glaube, daß die Regierung einen anderen Standpunkt nicht einnehmen kann. Ich glaube übrigens, daß durch einen Streik die Eisenbahner ihre eigene Existenz und die ihrer Mitmenschen nicht aufs Spiel setzen wollen. Für die, welche mit dem Staate in einem lebenslänglichen Verhältnis stehen, gibt es kein Streikrecht. Wir haben übrigens gesehen, daß die Interessen der Arbeiter in vollem Umfange gewahrt sind. Die Ausführungen des Abg. Benedek über die Feierei auf der Dohlnsburg konnte ich nicht begreifen. Sie waren nicht am Platze und ich möchte ihnen, auch in meiner Eigenschaft als Berichterstatter, widersprechen.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen der Abg. Süßkind und Dr. Wildens, sowie nach einer Bemerkung des Präsidenten wurde in die Spezialberatung eingetreten.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Meine Freunde haben den Gedanken geprüft, ob bei der heutigen politischen Situation das Gehalt des Generaldirektors gestrichen werden soll. Wir sind dabei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß unter der Herrschaft des Herrn Generaldirektors staatsbürgerliche Rechte schwer verletzt wurden. Wir haben uns aber davon überzeugt, daß der Herr Generaldirektor nur das ausführende Organ des Ministeriums ist und insofern

keine direkte Verantwortung für den Fall Schäufele trägt. Dem Herrn Generaldirektor wollen wir aber Gelegenheit geben, sich über eine andere Sache zu äußern, nämlich, ob die sozialdemokratischen Blätter auf den Bahnhöfen verkauft werden dürfen. Herr Dr. Behner hat gestern schon der Regierung das Recht zugestanden, den Verkauf sozialdemokratischer Blätter zu verbieten. Diese Rede des Herrn Behner steht in einem eigentümlichen Gegensatz zu der freiheitglühenden Rede, die er im Reichstag zum Vereinsgesetz gehalten hat. Es war allerdings nicht das erste Mal, daß wir die Wahrnehmung machten, wie in der Brust des Herrn Behner zwei Seelen wohnen. Jedenfalls müssen wir der Regierung das Recht bestreiten, eine Zensur über die Bahnhofsbuchhandlungen zu führen. Die Regierung kann nicht mehr verlangen, als daß die Bahnhofsbuchhandlungen nach den Grundsätzen einer anständigen Buchhandlung geführt werden.

Minister Frhr. v. Marschall: Gegenüber den Angriffen auf den Generaldirektor muß ich erklären, daß ich für das, was seitens des Generaldirektors und der Generaldirektion geschehen ist, die volle Verantwortung übernehme. Ich betrachte daher die Angriffe auch gegen mich gerichtet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß der Herr Generaldirektor noch recht lange in seinem Amte bleibt. Der Abg. Frank und seine Partei haben übrigens keinen Anlaß zu Angriffen gegen den Generaldirektor, denn ihm ist in der Hauptsache das zu danken, was an Fürsorge für die Arbeiter geschehen ist. Es wurde die Anfrage gestellt, ob der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen durch Bahnhofsbuchhandlungen verboten ist. Wir hatten bisher noch keinen Anlaß, uns mit der Frage eines solchen Verbots zu beschäftigen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich in kürzeren Ausführungen die Abg. Schimburger (Dem.), Eichhorn (Soz.), Generaldirektor Roth, Welser (Zentr.), Geh. Oberregierungsrat Herrmann, der betonte, daß die Eisenbahnverwaltung den Wünschen bezüglich der Arbeiterwochenarten so weit als dies möglich war, entgegengekommen ist, die Abg. Jürg (Dem.), Eichhorn (Soz.), Wittum (ntl.), Welser (Zentr.), Benedek (Dem.), Müller (ntl.), Bestold (Soz.), Dr. Frank (Soz.), Fröhlich (freis.), Minister Frhr. v. Marschall, welcher erklärte, daß die bezüglich der Main-Neckar-Bahn vorgebrachten Beschwerden schon seit dem Mai v. J. beseitigt sind, und daß, wenn auf Fahrkarten von Beamten die Wagenklasse 3 in 4 umgeändert worden ist, die Regierung das mißbilligt.

Abg. Fröhlich (freis.): Aus den Mitteilungen des Herrn Ministers geht nicht hervor, daß auf der Main-Neckar-Bahn niemand gezwungen werden kann, mit dem Bilet 3. Klasse 4. Klasse fahren zu müssen.

Abg. Dr. Obkircher (ntl.): Wir haben uns auf dem letzten Landtag bei Beratung der Tarifreform dahin ausgesprochen, daß auf der Main-Neckar-Bahn niemand gezwungen werden kann, auf der badischen Strecke mit einer Karte 3. Klasse 4. Klasse zu fahren. Der Herr Minister hat eine Erklärung in gleichem Sinne damals abgegeben. Sie hat dazu beigetragen, die Abstimmung über die Tarifreform zu beeinflussen. (Hört, hört.) Wenn der Herr Minister sagen würde, daß er die damals gegebene Zusage nicht halten könne, wäre das sehr zu bedauern. Deswegen wäre aber kein Anlaß gegeben, die Tarifreform zu beseitigen, sie ist ein zu großes Werk. Den Minister möchte ich bitten, eine bestimmte Erklärung abzugeben.

Minister Frhr. v. Marschall: Die Arbeiter sind, wie ich aus Mitteilungen des Abg. Müller entnehme, mit den Verhältnissen zufrieden. Wenn jemand einen Stehplatz hat, so wird es gleich sein, in welcher Klasse er fährt. Ich werde übrigens sorgen, daß die Arbeiter, die eine Karte 3. Klasse haben, in einer solchen fahren können.

Abg. Kolb (Soz.): Der Herr Minister weigert sich, eine bestimmte klare Antwort zu geben. Ich frage den Minister, ob er in der Lage ist, das dem letzten Landtage gegebene Versprechen zu halten.

Abg. Dr. Wildens (ntl.): Wir haben auf dem letzten Landtage beschlossen, daß auf der badischen Strecke der Main-Neckar-Bahn eine gleichmäßige Behandlung der 3. und 4. Klasse stattfindet. Die Regierung scheint diesem Beschlusse nicht zu entsprechen. (Sehr richtig.) Die Regierung hat die Verpflich-

tung, den Beschluß des Hauses zur Geltung zu bringen. (Zustimmung.)

Minister Frhr. v. Marschall: Mit dem, was damals beschlossen wurde, sollte es dem Publikum überlassen werden, welchen Platz es benützen will. Wenn jemand 4. Klasse fahren will, so kann ich ihn nicht hindern. Wenn die Arbeiter darauf bestehen, 3. Klasse zu fahren, so wird gesorgt werden, daß das geschehen kann.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Aus dem Verlaufe der Debatte ersehen wir, daß das Versprechen welches der Minister gegeben hat, nicht gehalten wurde. Wir müssen uns fragen, weshalb das aus bösem Willen oder weil der Herr Minister das nicht kann, weil ihm die Hände gebunden sind und weil ein badischer Minister in einer technischen Frage ohnmächtig ist? Um dem Ausdruck zu geben, daß wir das Verhalten des Ministers mißbilligen, bitte ich das Haus, dem Antrage Fröhlich zuzustimmen.

Abg. Müller (ntl.) erklärte, daß er seit Mai v. J. keine Beschwerden von Arbeitern über den Verkehr auf der Main-Neckar-Bahn erhalten habe.

Abg. Dr. Behner (Zentr.): Die Regierung muß dafür sorgen, daß der Rechtsstandpunkt, den die Kammer und die Regierung eingenommen haben, zur Geltung gebracht wird.

Abg. Schmidt (Zentr.): Ich habe kürzlich schon darauf hingewiesen, daß auf nur badischen Strecken Arbeiterinnen gezwungen werden, in der 4. Klasse zu fahren.

Minister Frhr. v. Marschall: Ich werde dafür sorgen, daß die, welche Karten dritter Klasse haben, auch in dieser Klasse fahren können.

Abg. Herat (Zentr.): Die Einführung der 4. Wagenklasse halte ich nicht für so schlimm. (Hört! hört! links.) Auch ich bin der Ansicht, daß die Regierung ihre Zusage halten muß.

Abg. Dr. Obkircher (ntl.): Hätte der Herr Minister die letzte Erklärung zuerst abgegeben, hätte die Debatte einen kürzeren Verlauf genommen. Nach dieser Erklärung können wir uns zufrieden geben. Es liegt kein Anlaß vor, uns in unserer Stellungnahme zur Tarifreform beeinflussen zu lassen.

Abg. Kolb (Soz.):

Es war für uns notwendig, vor dem Lande festzustellen, daß die Regierung ihr Versprechen nicht gehalten hat. Die Faltung der Regierung kann nur Mitleid einflößen. (Präsident: Ich kann diesen Ausdruck nicht als parlamentarisch betrachten und rüge ihn daher.) Woher kommt es, daß die Regierung eine solche Haltung einnimmt? Weil sie unter dem Drucke Preußens steht. Wir sehen immer mehr, daß es zu einer Verprechtung unserer Bahnen kommt.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abg. Behner (Zentr.), Dr. Frank (Soz.), des Ministers Frhr. v. Marschall und des Berichterstatters Dr. Wildens (ntl.) schloß die Debatte. Sämtliche Positionen wurden genehmigt und darnach der Antrag Ged und Gen. einstimmig angenommen; der Antrag Fröhlich und Gen. mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt;

der Antrag Muser und Gen. auf gefällige Festlegung der Tarife mit allen gegen 15 Stimmen abgelehnt;

der Antrag Schmidt (konf.) und Gen. die Petition der Bahnarbeiter-Wilfingingen der Regierung empfehlend zu überweisen mit 28 gegen 27 Stimmen angenommen.

Hierauf gelangten die zu den Petitionen und Anträgen vorliegenden Anträge der Kommission zur Annahme.

Damit war die Beratung beendet.

Präsident Gebrenbach: Es sind zwei Anträge eingegangen: 1. ein Antrag Ged (Soz.) und Gen. dahingehend, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, nach welchem auch bei der Gemeindesteuer der Schuldenabzug stattzufinden hat.

2. ein Antrag der Abg. Vogel (Dem.) und Gen. lautend: Die Unterzeichneten beantragen, die Kammer wolle die Regierung ersuchen, dem Landtage eine Vorlage über Änderung des Gemeindesteuergesetzes in dem Sinne zu machen, daß auch bei der Gemeindesteuer ein Schuldenabzug ermöglicht wird.

Ich wünsche den Herren begünstigte Pfingsttage und schließe die Sitzung. Nächste Sitzung: 15. Juni, 4 Uhr.

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

93)

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er hat nun wiederholt versucht, die angestellten Wärter und Wärterinnen zu verleiten, den Kranken eine von ihm erfundene Mixtur anstelle der vom Arzte verschriebenen Medizin einzufüllen. Als dies zur Kenntnis des Inhabers der Klinik Professor Wöttger gelangte, kündigte ihm derselbe mit Rücksicht auf die aus diesem Vertrauensbruch sich eventuell ergebenden bedenklichen Folgen die sofortige Entlassung an. Dr. Trautborn hat nun gegen Professor Wöttger einen Zivilprozeß angestrengt, er fordert eine Ehrenerklärung und gleichzeitig sein Gehalt für ein volles Jahr, wozu er sich durch eine von dem Professor bei Gelegenheit der Anstellung gemachte Bemerkung berechtigt glaubt. Der Professor verweigert die Anerkennung dieser Ansprüche. Ich bin der Vertreter des Professors und da derselbe aus den seinerzeit vorgelegten Zeugnissen des Doktors sich erinnert, daß Trautborn in Straßburg angestellt war, so haben wir uns dorthin gewandt, um zu erfahren, ob er etwa bereits früher ähnliche Manöver unternommen hat.

Und was für eine Mixtur ist es, die Dr. Trautborn erfunden hat?

„Er hat noch kein Patent darauf, doch hat Professor Wöttger die Zusammenfügung einigermaßen festgestellt. Sie ist für Nervenkrankheiten bestimmt und Dr. Trautborn schreibt ihr speziell die Fähigkeit zu, akute Nervensymptome sowohl als chronische Nervenleiden in kürzester Frist zu lindern respektive zu heilen. Er behauptet, in seiner Arznei ein neues Spezifikum gefunden zu haben. Kennen Sie die bekannten Fowler'schen Tropfen, so benannt nach dem englischen Arzt Thomas Fowler?“

Welche Männer verneinten.

„Sie sind in jeder Apotheke erhältlich, bestehen im wesentlichen aus einer Lösung von arseniksaurem Kalium und werden mit Erfolg gegen Wechselstieber, Neuralgien und allerhand Nervenleiden angewandt. Der hauptsächlich wirkende Faktor ist arsenige Säure, die allerdings nur im Verhältnis von 1 zu 100 darin enthalten ist. Wie mir Professor Wöttger mitteilte, ist das Produkt des Dr. Trautborn ein ähnliches, nur ist das

Arsen in weit stärkerem Maße darin vertreten, so daß der Professor die Mixtur für überaus gefährlich hält.“

Frank war seinem Begleiter, dessen Augen aufleuchteten, einen bedeutungsvollen Blick zu.

„Halten Sie die Mixtur Dr. Trautborns für geeignet, den Tod eines Kindes herbeizuführen?“

„Das nicht, Professor Wöttger meinte nur, wenn die Mixtur wiederholt eingegeben würde, könnten sie besonders bei schwächlicher Konstitution zu allen den traurigen Erscheinungen einer chronischen Arsenvergiftung führen.“

„Also eine akute Wirkung ist ausgeschlossen?“

„Allerdings — Dr. Trautborn ist noch Fachmann, er weiß wie weit er im äußersten Falle zu gehen hat.“

Der übrige Teil der Unterredung war nicht von Belang für die Absicht der Verdähten. Das Feuer in Leo's Wild war ebenso rasch wieder verglommen, wie es aufgelodert, und als er bald darnach mit dem Detektiv dem gemeinsamen Hotel zuschritt, äußerte er kleinmütig:

„Damit war es also wieder nichts.“

„Warum nicht?“

„Weil auch die Tropfen Dr. Trautborns eine akute Vergiftung, wie die uns interessierende nicht hervorgerufen vermögen. Wir sind auf einer falschen Spur.“

Der Detektiv lachte.

„Im Gegenteil,“ tief er vergnügt, „wir haben das Geheimnis so gut wie ergründet. Wenn ich nur erst das Frauenzimmer hätte, das wir suchen, so wollte ich Ihnen bald hierfür den Beweis liefern!“

„Sie glauben, der Doktor habe seine damalige Geliebte bezwungen, dem Kinde die von ihm erfundene Arznei zu reichen?“

„Ich glaube es nicht, ich bin davon überzeugt.“

„Woher aber der verhängnisvolle Effekt?“

„Woher? Durch irgend einen unvorhergesehenen, unglücklichen Zufall. Vielleicht hat das Mädchen die Dosis versehentlich zu groß genommen. Darüber will ich morgen noch Professor Wöttger selber fragen.“

„Was tun wir nun? Wollen wir Dr. Trautborn aufsuchen und ihn fragen, wo die Stod sich aufhält?“

Es wird uns nichts nützen. Da sich der Doktor hier befindet, so hat er zweifellos unsere Annonce gelesen. Wenn er trotzdem nichts von sich hören ließ, so beweist das einfach, daß er entweder selber über den Aufenthalt der Stod nichts mehr

weiß oder daß er die Falle wittert und lieber den Mund hält.

Ich halte letzteres für richtig. Gehen wir daher zu ihm, so machen wir ihn nur unnötig auf uns aufmerksam. Und ein Geständnis ist von der Stod wohl eher zu erzielen, als von diesem Fanatiker der Wissenschaft. Wenn er ein Ehrenmann in vollkommenen Sinn wäre, hätte er doch sofort mit der Sprache herausreden müssen. Aber er fürchtet nur für seine Erfindung und seinen Ruf als Erfinder und läßt lieber eine unschuldige

Leiden, als daß er die verdienten Vorwürfe entgegennimmt! Die Stod halte ich nach der von ihr gegebenen Schilderung nicht für so raffiniert und kalblütig, sie ist nur von ihm verleitet. Beide sind durch eine gemeinsame Schuld verknüpft und werden nicht leicht von einander lassen, wenigstens die Stod nicht von ihm, sie wäre ihm sonst nicht gefolgt.“

„Sie mögen wohl recht haben, Herr Frank. Wie sollen wir aber dann ihr Domizil ausfindig machen?“

„Dadurch, daß wir den Doktor beobachten. Er kommt doch sicherlich mit seiner Frau irgendwo zu irgend welcher Zeit zusammen, ich verstehe mich auf die Kunst des Verschattens, wie wir es nennen, und werde ihn scharf beobachten. Dazu ist indessen nötig, daß ich ihn von Person kenne — ich werde mich unter irgend einem Vorwand bei ihm vorstellen.“

Obwohl dem ungeduldrigen Künstler alles zu langsam ging, mußte er sich doch der Erfahrung seines Begleiters fügen. Frank suchte vor allen Dingen den Professor Wöttger auf und dieser bestätigte ihm, daß schon eine dreimal so große Dosis, als Trautborn den Kindern habe zumessen lassen wollen, unter Umständen zu einer Vergiftung führen könne. Gerade die Gefährlichkeit dieser Medizin habe ihn zu so scharfem Vorgehen gegen Dr. Trautborn bezwungen, da die große Bedenklichkeit auf der anderen Seite durch keinerlei Erfolge aufgewogen werde. Die Zusammenfügung beruhe auf Hypothesen, erste Versuche lägen nicht vor; würden sie gemacht, so dürften sie dem fanatischen Chemiker bald einen nicht gerade schmeichelhaften Begriff von seiner Erfindung beibringen. Aber schon die Anfertigung der Versuche war vermessene. Der große Erfolg mehrerer solcher Erfindungen auf chemischem und medizinischem Gebiete in der Neuzeit habe aber eine wahre Erfindungs- und Experimentierlust unter den jungen Gelehrten hervorgerufen, jeder träumte davon, nimmöglich mit einem Schläge ein reicher und berühmter Mann zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Einen Ausflug auf den Schwarzwald

werden am kommenden Dienstag und Mittwoch die Budgetkommission und die Kommission für Eisenbahnen und Straßen machen. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Zuaufnahme der Gegend zwischen Titisee und St. Blasien, die in den nächsten Jahren eine Bahnverbindung erhalten soll.

Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Samstag folgenden Antrag eingebracht: „Die Kammer möge die Gr. Regierung ersuchen, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung gestattet.“

Der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen

war bisher bei den badischen Bahnhofsbuchhandlungen nicht zugelassen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Frank erklärte am Samstag Minister Marschall, daß die Regierung bisher keine Veranlassung hatte, ein Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Zeitungen zu erlassen. Demnach steht dem Verkauf selbst nichts im Wege. Unsere Parteigenossen sollten deshalb den „Volksfreund“, die „Volksstimme“ und den „Vorwärts“ auf den Bahnhöfen künftig verlangen und falls die Buchhandlungen sich weigern, unsere Zeitungen zum Verkauf zu halten, davon alsbald der Landtagsfraktion oder dem Landesvorstand Mitteilung machen, damit Schritte gegen diesen Vorkott unternommen werden können.

Die Gehaltsvorlage in der Kommission des Landtages.

Von den gefassten Beschlüssen sind noch nachzutragen: Der früher mitgeteilte Beschluß zu § 12 der Gehaltsordnung bezüglich des größeren Schutzes der Beamten beim Verlassen der Zulage ist aufrecht erhalten. Die vielumstrittene Frage des § 16 der Gehaltsordnung, ob das Vorrücken in die höhere Gehaltsklasse unter vorzugsweiser Berücksichtigung der Leistungen und Verwendbarkeit oder nach dem Dienstalter der Beamten erfolgen soll, wurde im Kompromißweg dahin entschieden, daß im Tarif, wo es angängig erschien, gehobene, sogen. Spitzenklassen geschaffen, im übrigen aber zwei oder auch drei Gehaltsklassen belassen wurden, aber als Grundregel in § 16 bestimmt ist: „Das Vorrücken in die höheren Gehaltsklassen erfolgt nach dem Dienstalter des Beamten, sofern nicht dessen Leistungen und Verwendbarkeit eine abweichende Behandlung begründen.“

Nach den Uebergangsbestimmungen erhält jeder Beamte auf 1. Juli als außerordentliche Gehaltsaufbesserung eine ordentliche Zulage nach dem neuen Tarif sowie die Hälfte derselben als einmalige Zuwendung. Um etwaige Härten beim Uebergang aus dem Arbeitsverhältnis bei der ersten Anstellung zu vermeiden, wurde eine neue Bestimmung aufgenommen, daß bis 1913, wenn ein Beamter bei der ersten etatmäßigen Anstellung auf Stellen der Abteilungen J und K sich in seinen Bezügen um mehr als fünf vom Hundert seiner bisherigen Vergütung verschlechtern würde, ihm zur Ausgleichung eine aufgabere Dienstzulage bis zur Höhe der Grenze von fünf vom Hundert übersteigenden Ausfalls bemittelt werden kann. Zur Ausgleichung von bisherigen Unbilligkeiten ist weiter neu aufgenommen, daß beim Inkrafttreten des neuen Gehaltstarifs der Einkommensanschlag der vorhandenen, aus dem Volksschuldienst als Real-, Gewerbe-, Handels-, Zeichen- und Musiklehrer an Mittel- und Hochschulen sowie an Lehrerseminarien und sonstigen Staatsanstalten übernommenen Volksschulhauptlehrer unter Zugrundelegung der Sätze des bisherigen Gehaltstarifs auf den Betrag festgesetzt wird, den diese Beamten erreicht hätten, wenn sie vom Zeitpunkt ihrer Aufstellung als Volksschulhauptlehrer an in einer der Stellungen der bezeichneten Art verwendet gewesen wären; etwa übersteigende Einkommensbezüge werden als Dienstzulagen gewährt, welche nach und nach innerhalb des Höchstbetrags wegfallen.

Im Tarif sind sowohl bei den unteren, wie den mittleren und oberen Beamtengruppen Verbesserungen erreicht worden; zum Teil bestehen diese in Erhöhung des Mindest- oder Höchstbetrags oder auch durch weiteres Vorrücken in eine höhere Gehaltsklasse; zu einem großen Teil auch in einer Erhöhung der Verteilungszahl auf die verschiedenen Gehaltsklassen. Alle Einzelheiten können natürlich im Rahmen eines Artikels nicht mitgeteilt werden. Hervorgehoben mag folgendes werden: Für die unterste Klasse der unteren Beamten K 3 wurde der Mindest- und Höchstgehalt von 900—1300 Mk. auf 1000—1400 Mk. erhöht, ebenso der Höchstgehalt in K 2 von 1650 auf 1700 Mk. und derjenige der Abt. J 2 bis K 1 um je 100 Mk.; für die Schaffner ist eine Gehaltsklasse I nach K 1 geschaffen; zugführende Wagenwärter können nach J 4 gelangen; die Bahn- und Telegraphenmeister wurden von Abt. J wieder nach H heraufgehoben und zwar nach H 3 und H 1, wobei in Ausnahmefällen bei besonderer Tätigkeit ein Vorrücken nach G nach den allgemeinen Grundsätzen des § 6 der Gehaltsordnung möglich ist. Die Straßen-, Brücken-, Damm-, Kultur- und Gartenmeister sind ebenfalls von J nach der neuen Abteilung H 4 (1500 bis 2500 Mk.) und H 2 gehoben.

Bei den mittleren Beamten wurde die tunlichste Gleichstellung der Beamten mit gleichartiger oder gleichwertiger Vorbildung versucht und zum größeren Teil auch erreicht. Wenn auch die Aktiare der Justiz und der inneren Verwaltung ihre erste Anstellung nicht in G 2 finden konnten, so wurde der Mindest- und Höchstgehalt doch von 1400 bis 2500 Mk. auf 1550—2600 Mk. erhöht; die Bureaubeamten des Bezirksdienstes gelangen in die oberste Gehaltsstufe mit einem Fünftel aller Stellen, statt nur mit einem Zehntel, wie der Entwurf vorsah, ebenso die Bureaubeamten der Zentralverwaltung; dazu wurden für die ersten Bureaubeamten bei den größeren Landgerichten, größeren Amtsgerichten und bei den drei größten Staatsanwaltschaften 30 gehobene Stellen, sowie bei den Landeskommissaren und den großen Bezirksämtern 15 gehobene Stellen nach F 1 neu geschaffen. Die Sekretariats- und Rechnungsbeamten bei den Ministerien und der Oberrechnungskammer können nach E 2 bis zur Hälfte aller Stellen, die Bureauforsteher bei der Generaldirektion nach E 1 bis zu einem Drittel der Stellen gelangen. Der Höchstgehalt in G 1, in welcher Abteilung die seminaristisch und technisch gebildeten Lehrer (Real-, Gewerbe-, Handels-, Musik-, Zeichenlehrer) ihre erste Anstellung erfahren, ist von 3400 auf 3600 Mk. erhöht; letztere kommen in I. Gehaltsklasse nach F 1 und auf den „wichtigeren Stellen“ nach E 2; ferner die Vorsteher von großen Fachschulen, von Blinden- und Taubstummenanstalten, sowie die Direktoren von erweiterten Volksschulen nach E 1, wobei letzteren noch die Möglichkeit des Vorrückens nach D 1 gegeben ist.

Bei den oberen Beamten wurde in der Abt. D der Mindestgehalt von 2400 auf 2500 Mk. erhöht, für alle als Anfangsstellung die Abt. D 1 bestimmt, von welcher dieselben im allgemeinen gleichmäßig zu je einem Fünftel aller Stellen nach C 3 und C 2 (Höchstgehalt 6400 Mk.) vordringen sollen; nur die Richter sind getrennt behandelt, indem die Einzelrichter wie die anderen Bezirksbeamten in drei Klassen nach C 2 vordringen, während die Landgerichtsräte zur Hälfte aller Stellen nach C 2 und C 3 eingeteilt sind; eine teilweise Ausnahme bleibt für die Bezirksbeamten der inneren Verwaltung bestehen; sie sind aber in C 1 nicht mehr mit drei Zehntel, wie im Entwurf, sondern nur mit einem Fünftel und nur mit einem Fünftel auch in C 2 eingereiht. Durch das Hinausschieben aller akademischen Beamten mit einem Bruchteil nach C 2 wurde der Unterschied zwischen dem Gehalt der Bezirksbeamten und dem Gehalt der Mitglieder der Kollegialstellen und der Ministerien verringert, was die Gewinnung geeigneter Kräfte für diese Stelle erschweren würde. Deswegen mußten auch die Höchstgehälter in den Abteilungen C 1 und B entsprechend erhöht werden. Neu wurde eingefügt die Stelle eines Befandten in München.

Allen Wünschen, die in den zahlreichen Petitionen vorgetragen wurden, konnte natürlich nicht entsprochen werden, zum Teil auch aus Rücksichten auf die finanziellen Wirkungen. Verursachen die Beschlüsse der Kommission doch im Beharrungszustand einen Mehraufwand von zusammen rund 115 000 Mk., wozu noch für Mehraufwand an Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von rund 300 000 Mk., sowie der Mehraufwand für die Umwandlung von 290 Heizerstellen in Lokomotivführerstellen und weiteren rund 800 Stellen für Bremser, Rottenführer in den nächsten Staatsvoranschlägen mit zusammen 190 000 Mark kommen.

Der sofortige Mehraufwand der Tarifänderung und der außerordentlichen Aufbesserung nach der Gehaltsordnung beträgt für das Jahr 1908 in der allgemeinen Staatsverwaltung 626 000 Mk., der Eisenbahnverwaltung 295 621 Mk., wozu die Erhöhung der Vergütung der nicht-etatmäßigen Beamten und der Ruhegehälter kommt.

Deutsche Politik.

Das Rätsel von Rixdorf-Schöneberg

Sucht die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ wie folgt zu lösen: „Die Nachricht, daß der Wahlkreis Rixdorf-Schöneberg bereits von der Sozialdemokratie erobert sei, ist unzutreffend. Auf Grund der amtlichen Ermittlungen ist folgendes festgestellt: Die Zahl der Wahlmänner beträgt 1124; die absolute Mehrheit also 563. Es sind gewählt: Sozialdemokraten 491, Konservative 157, Freisinnige 154, Nationalliberale 28, zusammen 830. — Zur Stichwahl stehen: Sozialdemokraten 136, Konservative 151, Freisinnige 232, Nationalliberale 59. — Die Sache liegt also so, daß die Sozialdemokratie noch 72 Wahlmänner braucht, um die absolute Mehrheit zu erlangen, während sie mit 136 Wahlmännern zur Stichwahl steht. Bei einmütigem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und bei Anspannung aller Kräfte kann also der Wahlkreis noch davon behauptet werden, sich durch einen Sozialdemokraten im Landtage vertreten lassen zu müssen.“ In 72 von 136 Stichwahlen gegen den vereinigten reaktionären Mißmach zu siegen, ist gewiß kein leichtes Unternehmen. Trotzdem hoffen die Berliner Genossen mit großer Bestimmtheit, daß sich die Nachricht vom sozialdemokratischen Sieg in Rixdorf-Schöneberg zu guterletzt doch als richtig erweisen wird. Wenn nicht schon früher, so doch am 16. Juni.

Für ein liberal-sozialdemokratisches Wahlkompromiß tritt das „Berliner Tageblatt“ mit großem Eifer ein. Nachdem es den Führern des Blockfreisinn derb die Leuten gelesen, fordert es sie auf, „jezt wenigstens jede falsche Rücksicht über Bord zu werfen und mit der Sozialdemokratie überall da, wo sie gegen die Reaktion und die Wahlrechtsfeinde im Kampfe stehen, ein Wahlkompromiß abzuschließen“. Die Sozialdemokratie war es, die den gemeinsamen Kampf aller Wahlrechtsfreunde immer gepredigt hat, der Freisinn aber war es, der in den Block ging, um gemeinsam mit den Junkern die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Heute ist der Karren so verfahren, der Block so kompromittiert, daß die Mühe des „Berliner Tageblatt“ vergeblich sein wird. Der Blockfreisinn versteht sich darauf, daß ihm die sozialdemokratischen Wahlmänner dort, wo er gegen Konservative steht, ohne weiteres bloß seiner herrlichen Laten willen die Stimmen geben müssen, und da das selbstverständlich nicht geschehen wird, richtet er sich darauf ein, das übliche Geschrei über die Sozialdemokratie zu erheben, die „der Reaktion Helfersdienste“ leistete, da sie die Blockbrüder unter sich ließ. Dabei will der Freisinn nicht nur nicht der Sozialdemokratie eine einzige Stimme geben, sondern er sperrt sich auch gegen den Gedanken, in einer etwaigen Stichwahl zwischen bürger-

lichen Demokraten und Konservativen den ersteren seine Stimme zu geben.

Es wird sich vielleicht binnen zehn Tagen an dem einen oder dem andern Orte die Möglichkeit des experimentellen Beweises bieten, daß das vielfach verleugnete Wort: „Lieber mit Krüder als mit Barth!“ nicht bloß die zufällige Aeußerung eines bei unpassenden Gelegenheiten temperamentvollen freisinnigen Blockführers, sondern die bestimmte vorgeschriebene Richtlinie des sogenannten „bürgerlichen Liberalismus“ ist.

Noch ein Günstling Wilhelms II. entlarvt.

Die Ermittlungen des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Schmidt-Berlin in der Voruntersuchung gegen Philipp Eulenburg haben zu einem weiteren aufsehenerregenden Ereignis geführt. Von mehreren in München vernommenen Zeugen wurde bekundet, daß in Berlin der königliche Kammerherr Graf Edgar v. Wedel im Prinzessinnenpalais wiederholt Teegesellschaften veranstaltet habe, an denen fast ausschließlich homosexuelle Herren aus den höchsten Gesellschaftskreisen teilgenommen haben. Selbst Angehörige regierender Fürstenhäuser und ein naher Verwandter unseres Kaiserhauses sollen zu den ständigen Besuchern dieser sauberen Teegesellschaften gehört haben.

Aus Anlaß dieser Zeugenaussagen wurde Graf von Wedel vor einigen Tagen vom Untersuchungsrichter eidlich vernommen. Er gab zu, daß die von ihm arrangierten „Teabende“ fast ausschließlich von homosexuellen Herren aus den höchsten Kreisen besucht waren und daß er auch selbst homosexuell veranlagt sei. Dies überraschende Ereignis wurde sogleich dem Kaiser gemeldet. Wilhelm II. hat dann dem Grafen Wedel seine große Mißbilligung ausgesprochen und ihn aller seiner Ämter enthoben. Graf von Wedel wurde außerdem aufgefordert, unverzüglich die Dienstwohnung, die er in dem Unter den Linden gelegenen Prinzessinnenpalais, das mit dem Palais des alten Wilhelm verbunden ist, inne hatte, zu räumen.

Graf Edgar von Wedel war einer der elegantesten und beliebtesten Kavaliere der Hofgesellschaft. Er erfreute sich großer Sympathien bei den jungen Prinzessinnen und Prinzen des königlichen Hauses. Er gehörte zu den Bevorzugten, die der Kaiser mit dem Vornamen anredete. Graf von Wedel ist unverheiratet und etwa 54 Jahre alt. Er war Kammerherr der Kaiserin Friedrich. Nach deren Tode wurde er hauptsächlich Prinzessinnen fremder Fürstenhäuser, die am königlichen Hofe zu Berlin als Gäste weilten, als Kammerherr attachediert. (So waren die Prinzessinnen wenigstens in guten Sänden.) Graf Wedel hat Berlin bereits verlassen und ist nach Capri ausgerückt.

Soweit der Bericht aus Berlin. Er beweist, daß es am Berliner Hofe recht sauber ausschaut. Aber jede neue Enthüllung ist für Philii günstig. Denn der preussische Staat wird sich doch durch einen Weineidsprozeß seine monarchischen Grundlagen nicht völlig verderben lassen.

Ein Oyster Eulenburgs.

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ veröffentlichen einen recht interessanten Beitrag zur Charakteristik des Fürsten Philipp zu Eulenburg. Ihre Mitteilung betrifft den Tod des 1902 gestorbenen Geheimrats Pierson, des Stellvertreters des damaligen Generalintendanten der königlichen Schauspiele in Berlin, Grafen Hochberg. Das Dresdener Blatt erzählt:

„Der Geheimrat Pierson, der die Geschäfte der Generalintendantur unter dem Grafen Hochberg führte, fühlte sich eines Tages von schrecklichen Gerüchten eingehegt wie ein gehetztes Wild und kannte den Urheber der Gerüchte nicht, die den ehrenwerten Mann an maßgebender Stell ganz grundlos verleumdete. Geheimrat Pierson war herzliebend und diese Gerüchte wickten wie das schlimmste Herzgift. Dem Grafen Hochberg waren sie bekannt. Er wußte auch, wer der Urheber war. Dem bedrängten Mann, der durch eine Verleumdung um seine Lebensarbeit, um mehr noch, um seinen guten Ruf kommen sollte, nannte er den Namen des allmächtigen Fürsten Philipp zu Eulenburg. Pierson wußte, was der Name wog. Ein Name schwerer als Bismarcks bringende Warnungen vor seinem Träger. Ein Unangenehmer. Ein Unantastbarer. Was vermochte auch der Geheimrat Pierson gegen den Liebenberger Schloßherrn, dem der deutsche Kaiser arglos vertraute, den Wilhelm II. mit seiner Freundschaft ausgezeichnete, den eines Rakets zu bezichtigen nur ein Hirnverbrannter oder ein hohler Reiter wagen konnte. Dem schwer geschädigten, pflichttreuen Mann blieb keine Wahl. Er wagte es, stellte den Fürsten, verlangte, daß er bekenne, ihn verleumdet zu haben. Der Troubadour von Liebenberg war nie ein Freund so kräftiger Sprache. Damals ging ihm wie schon oft. Des ehrlichen Mannes wutbürgernde Anrede machte ihn krank. Die Krankheit des Fürsten zog sich hin. Der Termin rückte heran, an dem Pierson klagte mußte, wenn die Antragsfrist wegen des Vergehens der verleumderischen Beleidigung nicht ablaufen sollte. Am 24. Dezember 1901 war der Zeitpunkt da. Pierson erhob die Anklage. Der Schwerkranker gegen den allmächtigen Mann, der damals auch „krank“ war. Eine Krankheit, die den Patienten von munterer Jagd nicht abhält und munterem Schwören. . . .“

Philipp zu Eulenburg nahm seine Verleumdung schriftlich mit Bedauern zurück. Der Beleidigungsprozeß unterblieb. Der todkranke Mann hatte nichts mehr davon zu erhoffen. Das verleumderische Gerücht mußte durch eine Amtsunteruchung aus der Welt geschafft werden. Solche Untersuchungen muß langsam gehen, Schritt um Schritt, Ziffer um Ziffer. Langsamer als es ein gebrochenes Herz erträgt. Als Pierson tot war, bestätigte die preussische Oberrechnungskammer, daß er ein Rechtschaffener, daß seine Verwaltung tadellos war. Zu spät für den, dessen letztes Wort, Minuten ehe ihm die Augen brachen, Eulenburgs Name war.

Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Auch Philipp Fürst zu Eulenburg erhielt ein Zeugnis. Graf Hochberg hatte sich angeekelt von ihm gewandt. Noch einer mußte um die Sache: Richard Wilhelm Ludwig Fürst zu Dohna-Schlobitten. Der hatte mit Bedauern gesehen, wie ein wackerer Mann litt unter schwerer Verleumdung. Als Fürst Philipp zu Eulenburg bekennen mußte, galt diesem Fürsten die billige Entschuldigung nicht als Sühne. Er schrieb dem Liebenberger Schloßherrn einen Brief, den die Richter bei der Beurteilung von Eulenburgs Charakter — den sie kennen lernen müssen — nicht übersehen dürfen. Ein Brief, der den Gewaltigen einen

werden am kommenden Dienstag und Mittwoch die Budgetkommission und die Kommission für Eisenbahnen und Straßen machen.

Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Samstag folgenden Antrag eingebracht: „Die Kammer möge die Gr. Regierung ersuchen, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Schuldenabzug bei der Gemeindebesteuerung gestattet.“

Der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen

war bisher bei den badischen Bahnhofsbuchhandlungen nicht zugelassen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Frank erklärte am Samstag Minister Marschall, daß die Regierung bisher keine Veranlassung hatte, ein Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Zeitungen zu erlassen.

Die Gehaltsvorlage in der Kommission des Landtages.

Von den gefassten Beschlüssen sind noch nachzutragen: Der früher mitgeteilte Beschluß zu § 12 der Gehaltsordnung bezüglich des größeren Schutzes der Beamten beim Verlassen der Zulage ist aufrecht erhalten.

Nach den Uebergangsbestimmungen erhält jeder Beamte auf 1. Juli als außerordentliche Gehaltsaufbesserung eine ordentliche Zulage nach dem neuen Tarif sowie die Hälfte derselben als einmalige Zuwendung.

Im Tarif sind sowohl bei den unteren, wie den mittleren und oberen Beamtengruppen Verbesserungen erreicht worden; zum Teil bestehen diese in Erhöhung des Mindest- oder Höchstbetrags oder auch durch weiteres Vorrücken in eine höhere Gehaltsklasse.

Bei den mittleren Beamten wurde die tunlichste Gleichstellung der Beamten mit gleichartiger oder gleichwertiger Vorbildung versucht und zum größeren Teil auch erreicht.

Verleumder nannte, in niedriger Gefinnung so deutlich zick, daß es nur eine Antwort darauf gab. Die Antwort kam nicht. Der allmächtige Posthalter war „krank“.

Die Wohnungsnot in München.

Die Münchener sozialdemokratische Rathsausfraction hat am Donnerstag im Gemeindefollegium folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten stellen den Antrag, das Gemeindefollegium wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zur Vinderung der Wohnungsnot in München (Vau von Kleinwohnungen) in die Wege zu leiten.

In der Begründung heißt es: Die Wohnungsnot in München hat einen Umfang angenommen, die es der Stadtverwaltung zur dringenden Pflicht macht, ungefümt Abhilfe zu schaffen.

Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine.

k. Willingen, 31. Mai.

In dem Schwarzwalddstädtchen Willingen hielt der Verband süddeutscher Konsumvereine vom 28.—30. Mai seinen 42. Verbandstag ab. Es waren 190 Delegierte anwesend, die 77 Vereine vertraten. Die Stadt Willingen, die Handelskammer und das Bezirksamt Willingen hatten Vertreter entsandt.

Die Zahl der Verkaufsstellen ist von 439 im Vorjahre auf 498 in diesem Jahre gestiegen. In der Warenverteilung sind 1621 Personen beschäftigt, im Vorjahre waren es nur 1328. Eigene Produktion betrieben 35 Vereine, gegen 29 im Jahre 1907 und beträgt der Gesamtwert der selbstproduzierten Waren 5 400 520 Mk., was ein Mehr von 1 538 148 Mk. gegen 1907 ist.

Der Brutto-Ertrag der angeschlossenen Vereine betrug im Berichtsjahre 7 810 111 Mk. gegen 6 678 510 Mk. im Vorjahre. Die Geschäftslasten betragen insgesamt 4 377 698 Mk. An Steuern wurden nicht weniger als 420 076 Mk. bezahlt, was der gerühmten „Steuerfreiheit“ der Konsumvereine sehr widerspricht.

In seinem mündlichen Bericht ging Herr Barth ausführlich auf das Verhältnis zum Allgemeinen (Crügerchen) Verband ein und wendet sich gegen die Vorwürfe, der Zentralverband treibe sozialistische Propaganda und unterstütze die Sozialdemokratie materiell.

Die Gegner der Konsumgenossenschaften suchen die Konsumgenossenschaftsbewegung dadurch zu schädigen, daß sie behaupten, die Konsumvereine seien sozialdemokratische Organisationen. Ein Beweis für diese Behauptungen wurde noch von keiner Seite erbracht.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Verbandstag stimmte ferner einer Erklärung des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu, die die Frage, wie sich der Zentralverband zu der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften und Gewerbevereinen stellt, dahin beantwortet: Voraussetzung von Tarifvereinbarungen ist, daß die betreffenden freien, christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften oder Gewerbevereine sich auf den gleichen Boden der Neutralität stellen, wie die Genossenschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, da eine Genossenschaft mit keiner Gewerkschaft in Tarifvertrag stehen kann.

schaften repräsentierten Berufes sind. Unter dieser Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Aufnahme von Mitglie d n e r n jeder Richtung Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den gewerkschaftlichen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter abzuschließen.

Leber: „Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und die Kapitalkraft der Konsumvereine“ referierte Verbandssekretär Kaufmann-Hamburg. Seine Ausführungen gipfeln in diesem: Durch das Kreditwesen werden die Warenpreise zu ungunsten der Konsumenten erhöht. Die Genossenschaften müssen deshalb den Grundfaß: Barzahlung in jeder Richtung hochhalten.

Dann hielt Jährig-München einen Vortrag über die Gründung von Bezirkskonsumvereinen. Er trat für die Gründung ein und schilderte die Vorteile der Bezirkskonsumvereine. Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten bei.

Zum Punkt „Heranziehung der Frauen in die Verwaltung“ referierte Frau Schmitz-München. Sie begründete folgenden Antrag:

„Der vom 28. bis 30. Mai in Willingen tagende Verbandstag süddeutscher Konsumvereine erkennt die Gründe, die die Frauen veranlassen, mehr als bisher Einfluß in den Konsumvereinen zu erlangen, an. Der Verbandstag erachtet es deshalb als seine Aufgabe, an die Verbändevereine den Appell zu richten, soweit dies noch nicht geschehen, in Zukunft bei Wahlen für den Aufsichtsrat Sorge zu tragen, daß auch Frauen mit in die Verwaltungen bezogen werden.“

Die Diskussion über diese Frage war sehr eingehend. Die meisten Redner sprachen für Annahme der Resolution. Die weiteren Punkte der Tagesordnung haben kein allgemeines Interesse. Der Verbandsvorstand und die Revisionskommissionen wurden wiedergebildet. Der nächste Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

Das 8. badische Sängerbundesfest.

Karlsruhe, 8. Juni.

Schon der Samstag Nachmittag brachte zahlreiche Sänger in Badens Residenz. Bereits um 6 Uhr begann im Eintrachtssalle die Prüfung der wettlingenden Vereine (Probefingen) vor den Preisrichtern, die am Sonntag Vormittag 7 Uhr fortgesetzt wurde.

Am Sonntag Vormittag 11 Uhr durch die Begrüßungsfeier in der für diesen Tag in würdiger Weise geschmückten Festhalle. Auf dem großen, besonders für das Fest hergerichteten Podium hatten schon um 11 Uhr die Sänger der hiesigen Bundesvereine „Badenia“, „Concordia“, „Liederhalle“, „Liedertranz“ und „Männergesangverein“ Aufstellung genommen. Mit dem von ihnen machtvoll und padend gesungenen Sängerspruch des bad. Sängerbundes leiteten sie die Feier ein. Dann brachten sie unter der Leitung des Chormeisters der „Liederhalle“, Ludwig Baumann, den für das Bundesfest gedichteten und komponierten Festgruß „Der Heimat Sang, das deutsche Lied“ zum Vortrage.

Darnach richtete an die Festversammlung Bundespräsident Sauerbed eine Ansprache, in welcher es u. a. hieß: Schreiten wir denn zur Tat! Was seit dem letzten Feste in uns, in dem Einzelnen wie der Gesamtheit, sich vollzogen: das Vorwärtsdrängen nach Verwirklichung, die Zukunftswünsche und -träume — all dies soll heute Ereignis werden.

Legen Sie Zeugnis ab von Ihren Fortschritten seit 1903, erfreuen Sie uns mit recht glänzenden Leistungen. Diese Rede bildete den Abschluß der Begrüßungsfeier. An sie schloß sich unmittelbar das 1. Wettgesangs-konzert. Dasselbe begann kurz nach 12 Uhr und dauerte bis gegen 11 Uhr. Es traten zahlreiche Vereine miteinander in Konkurrenz und zwar sangen in der Abteilung „Volksgefang für Landvereine“ 10 Vereine, in der Abteilung „Einfacher Volksgefang für Städtevereine“ 10 Vereine.

Am zweiten Festtage fanden sich die Sänger um 11 Uhr im großen Saale der Festhalle zum Festkonzert zusammen. Zu demselben hatten sich wiederum zahlreiche Festgäste eingefunden. Das Konzert, das als der Mittelpunkt des Bundesfestes bezeichnet werden darf, stand unter der Leitung des Festdirigenten, Professors Julius Scheidt.

genen, Professors Julius Scheidt. Als Solisten wirkten die Konzertfängerin Frau Martha Schauer-Wegmann-Breslau, Kammerfänger van Gorkom und Sopranfänger Tänzer mit. Das Orchester war die Hoftheaterkapelle, beim Bundesfest teilnehmenden Vereinen gesungen. Unter der fideren Führung des Professors Scheidt nahm das Festkonzert einen bedeutenden Verlauf, der nicht nur Zeugnis dafür ablegte, daß sein musikalischer Leiter der schweren Aufgabe, die ihm die Uebernahme des Amtes als Festdirigent stellte, in vollem Maße gerecht zu werden verstand, der auch glänzend bewies, daß das Verständnis für den Männergesang in weite Kreise unseres Volkes eingedrungen ist und ihm ein Material nicht nur ausgezeichneter Stimmen, sondern von Sangesfreunden in des Wortes bester Bedeutung zugeführt hat.

Das Programm des Konzertes brachte in seiner ersten Abteilung „Mahomedis Gesang“ für Männerchor und großes Orchester von Kemper, „Maientag“ von Schaub, „Waldfönig“ von Tesch, „Drei Rosen und drei Lilien“ von H. A. Schmid, „Der brave Reitersmann“ von Sülzer, „Landerkennung“ für Männerchor, Bariton- und Tenorsolo von Herrn van Gorkom und großes Orchester von Grieg, „Das stille Tal“ von Langer, „Ewig liebe Heimat“ von Bräu und „Segenswunsch“ von Weingler. Die zweite Abteilung bildete eine hervorragende Komposition von Heinrich Jöllner: „Columbus“ für Männerchor, Sopran, Bariton und Tenorsolo und großes Orchester. Die Uebergabe dieses Werkes des genannten Komponisten, eines Anhängers der Wagnerischen Richtung und ausgezeichneten Instrumentators, war von padender Wirkung. Die hiesigen Stellen der musikalischen Dichtung verrieten seines Empfinden und ein tiefgehendes Erfassen seelischer Stimmung. Die dramatischen Stellen waren von padender Wucht in ihren gesanglichen wie in ihren instrumentalen Teilen. Nach Schluß der Aufführung spendete das Publikum, noch unter dem Eindruck der gewaltigen Komposition Jöllners stehend freudigen Applaus, der sich schließlich zu einer Ovation des Festdirigenten Scheidt gestaltete. Die Anerkennung, welche dem Festdirigenten zollt wurde, fand ihren besonderen Ausdruck noch darin, daß er drei große Lorbeerkränze erhielt.

Nach dem offiziellen Festprogramm fand nachmittags ein Festzug statt. In vier Abteilungen war der Zug gegliedert und in ihn reisten neben dem Bundespräsidenten, den Hauptauschüssen, Deputationen über 80 Vereine mit ihren Fahnen und zahlreichen Musikkapellen. Der Zug nahm seinen Weg von der Karl-Friedrichstraße durch eine Reihe Straßen der Stadt; seinen Endpunkt erreichte der Zug auf dem Marktplatz. Von dort aus begaben sich die Sänger nach der Festhalle, woselbst gegen 6 Uhr die Verleihung des Urteils der Preisrichter stattfand. Bundespräsident Sauerbed gab hierauf die Entscheidung des Preisgerichts bekannt. Das Ergebnis war folgendes:

- 1. Volksgefang für Landvereine. 1. Preise: Gefangverein Gagenau und Sängerbund St. Georgen i. Sch. mit je 86 Punkten; 2. Preise: a) Liederfahle Aue mit 70 1/2 Punkten, b) Liedertranz Karlsdorf mit 75 P., c) Sängerbund Dorf-Neßl mit 70 1/2 P., d) Liedertranz Dinglingen mit 80 1/2 Punkten, e) Eintracht Neudorf mit 83 P., f) Rhenuß Söckchen mit 90 1/2 P. — 2. Einfacher Volksgefang für Städtevereine: 1. Preise: Concordia Baden-West mit 48 P., b) Liedertranz Mehr mit 50 1/2 P., c) Liedertranz Labenburg mit 63 1/2 P., d) Cäcilia Bruchsal mit 64 1/2 P., e) Eintracht Freiburg mit 65 P., f) Liedertranz Bretten mit 65 P., g) Sängerrunde Inmmatal-Freiburg mit 71 P. — 3. Ershwerter Volksgefang für Städtevereine 1. Preise: a) Deutscher Liedertranz Basel 47 P., b) Liederfahle Stadt Neßl 50 1/2 P., c) Männerchor Willingen 52 1/2 P., d) Liedertranz Freundschaft Mastatt 64 1/2 P., e) Frohsinn-Bretten 56 P., 2. Preise: a) Nähmaschinenbauer Durlach 59 P., b) Liederfahle Wertheim 59 1/2 P., c) Frohsinn-Schramberg 60 P., d) Eintracht-Neuenheim 62 1/2 P., e) Gefangverein Schopheim 63 P., f) Eintracht Pforzheim 64 1/2 P., g) Männergesangverein Wühl und Arbeiterbildungsverein Freiburg 65 P., h) Sängerbund Heidelberg 65 1/2 P., i) Männergesangverein der Artilleriemerkstätte Straßburg 66 1/2 P., k) Liedertranz Schwelmen 68 P., l) Männergesangverein Singen a. S. 69 P., m) Liederfahle Ettlingen 72 1/2 P., n) Arbeiterbildungsverein Laß 74 1/2 P., o) Badenia Konstanz 87 1/2 P. — 4. Kunstgefang: 1. Preise: a) Männergesangverein Straßburg 48 P., b) Concordia Freiburg 47 P., c) Sängerkonzert Pforzheim 50 1/2 P., d) Liedertranz Bruchsal 54 P., e) Concordia Laß 56 P., 2. Preise: a) Concordia Offenburg 66 1/2 P., b) Sängerbund Hohenbaden Baden-Baden 69 Punkte.

Den Abschluß des Sängerbundesfestes bildete das abends 8 Uhr in der Festhalle abgehaltene Festbankett.

„Christen“ von heute.

Zu unserem jüngsten Artikel unter obiger Spitzmarke in Nummer 126 unseres Blattes vom 1. Juni schreibt uns der Vorstand des katholischen Arbeitervereins in Forchheim wie folgt:

Auf Ihren Artikel ist zu erinnern: Wahr ist es, daß der alte kränkliche Mann aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, weil er das 4. Kirchengebot nicht erfüllte. Auch alte kränkliche Männer sind von diesem Gebote nicht dispensiert. Der Artikel schreibt aber:

Wenn man aber der Sache näher auf den Grund geht so kommt man auf die eigentliche Ursache, warum der Mann zum „großen Leidwesen“ ausgeschlossen wurde. Der alte Mann hat nämlich vor ein paar Tagen Armen unterstützung erhalten und hat infolgedessen sein Wahlrecht einbüßen müssen und was braucht der katholische Arbeiterverein Mitgliedschaft, die kein Stimmrecht haben?

Wie unmaß und grundlos diese Behauptung ist, wird schlagend dadurch bewiesen, daß der Präses und sämtliche Vorstandsmittglieder von der Armenunterstützung Schröders erst durch den Artikel im „Volksfreund“ Kenntnis erhalten haben. Es wird weiter behauptet: Bei der letzten Wahl hat man im Auftrag des Herrn Präses den kranken Mann zur Abstimmung geholt. Dem gegenüber haben wir zu erwidern: Niemand hat vom Präses den Auftrag erhalten, den kranken Mann zur Abstimmung zu holen. Weiter heißt es in dem Artikel: Wir meinen, es wäre jedenfalls eine christliche Tat gewesen, wenn die Herren den

Solisten wirkten... in der... Sopranen...

e. l. Preise: ... 80% ... 87 1/2 % ...

... das abends ... Wahlrecht ...

4. Das Verhalten des Zentrumsblattes „Landsmann“ war ein gemeinsames, weil es, ohne einen Schein von Beweis, behauptet, einige Genossen hätten ihr Bier beim Weggehen nicht bezahlt.

Wir verweisen nochmals auf die Aeußerung eines alten, angesehenen Ettlinger Zentrumsmannes, welche dahin lautete: „Wenn es hier (in der Versammlung) zu Erzeissen gekommen wäre, könnte er niemanden die Schuld geben, wie Herr Köhling“ — also dem „christlichen“ Verbandsleiter.

Rastatt. 8. Juni. Die auf Mittwoch angelegte Parteiversammlung muß Umstände halber verschoben werden, und findet die selbe am Mittwoch, 17. ds. Mts., statt.

Freiburg. 8. Juni. Eine öffentliche Volksversammlung findet morgen im „Löwenstaller“ statt, in welcher Genosse Veitotes, Stadtrat aus Straßburg, über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung“ spricht.

Freiburg. 8. Juni. Ein schweres Gewitter ging am Sonntag mittags 3 Uhr im Dammersbachthal nieder. Es fielen Hagelkörner so groß wie Zaubeneier, welche an Bäumen und Feldkräutern großen Schaden anrichteten.

Kommunalpolitik.

Der beleidigte Rindvieh-Versicherungs-Verein. Sehr empfindlich ist die Verwaltung des Rindvieh-Versicherungsvereins in Teutschneureuth. Es trug sich hier folgender Fall zu: Ein Mitglied des Vereins wurde von einem Unglücksfall betroffen in seinem Viehstand und verlangte Schadenersatz.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Badische Chronik.

Durlach. 8. Juni. Die morgige Sprechstunde des Arbeitersekretärs fällt wegen anderweitiger Inanspruchnahme desselben aus.

Ettlingen. 8. Juni. Die für die „Christen“ mit so wenig Erfolg verlaufene Landtags-Versammlung macht denselben immer noch gewaltiges Rauchwerk. Wir begreifen ja ihre prekäre Lage und sind zur Milde gestimmt.

Der liebe Gott und die Dämonen. Am Himmelfahrtstag hat die „Freie Wälder“-Jungfrau Pforzheim ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert.

4. Das Verhalten des Zentrumsblattes „Landsmann“ war ein gemeinsames, weil es, ohne einen Schein von Beweis, behauptet, einige Genossen hätten ihr Bier beim Weggehen nicht bezahlt.

Wir verweisen nochmals auf die Aeußerung eines alten, angesehenen Ettlinger Zentrumsmannes, welche dahin lautete: „Wenn es hier (in der Versammlung) zu Erzeissen gekommen wäre, könnte er niemanden die Schuld geben, wie Herr Köhling“ — also dem „christlichen“ Verbandsleiter.

Rastatt. 8. Juni. Die auf Mittwoch angelegte Parteiversammlung muß Umstände halber verschoben werden, und findet die selbe am Mittwoch, 17. ds. Mts., statt.

Freiburg. 8. Juni. Eine öffentliche Volksversammlung findet morgen im „Löwenstaller“ statt, in welcher Genosse Veitotes, Stadtrat aus Straßburg, über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung“ spricht.

Freiburg. 8. Juni. Ein schweres Gewitter ging am Sonntag mittags 3 Uhr im Dammersbachthal nieder. Es fielen Hagelkörner so groß wie Zaubeneier, welche an Bäumen und Feldkräutern großen Schaden anrichteten.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Der liebe Gott und die Dämonen. Am Himmelfahrtstag hat die „Freie Wälder“-Jungfrau Pforzheim ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert.

Der liebe Gott und die Dämonen. Am Himmelfahrtstag hat die „Freie Wälder“-Jungfrau Pforzheim ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert.

Mittelsperson, die in schwerer Arbeit, bei Nacht, wenn andere Menschen ruhen, das Brot herstellt."

Die ehrfamen Meister vom Backtag werden lachen, daß sie der Herr Stadtpfarrer auf eine feine Ausrede aufmerksam gemacht hat. Wenn sie nämlich — um einen Biß unserer letzten „Knallerbs“ aufzupolieren — die Milchbrot so klein machen, daß ein eingebadener „Schwobefäßer“ links und rechts die Beine rausstreckt, so sind sie nicht die eigentlichen Schuldigen, daß sie ja nur „unseres Herrgotts Handlanger und Vermittler“ sind.

Württemberg.

Zur württembergischen Volksschulnovelle. sagt die „Schwäbische Tagwacht“ noch: In Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung sind die Kinder der Minoritätskonfession in den Mittel- und Hauptschulen zugelassen, wenn sie nicht eine eigene Konfessionsschule haben.

Die Gemeinden sind befugt, für die Volksschulen ein Schulgeld im Rahmen von 1 bis 3 Mk. zu erheben. Für Fortbildungs- und Hilfschulen darf kein Schulgeld erhoben werden. Aus der Gemeindekasse sind für jeden Volks- und Fortbildungsschüler 50 Pf. zu zahlen. Bei mehr als 70 Schülern sind 2 Lehrer, bei mehr als 160 Schülern 3, bei mehr als 240 Schülern 4 und für jede weiteren 80 Schüler ein weiterer Lehrer anzustellen.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Neues vom Tage. München, 6. Juni. In Bergheim in Oberbayern fand gelegentlich einer Hochzeit eine Kauferei statt. Ein Mann wurde getödtet, 2 Frauen schwer, mehrere Personen leichter verletzt. Berlin, 9. Juni. Eine Bluttat aus Notheit, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, wurde in der Nacht zum 2. Feiertage in der Bogenstraße vor dem Hause 81 verübt.

Berlin, 6. Juni. Die Voruntersuchung gegen den Fürsten Eulenburg ist nunmehr abgeschlossen und die Anklage ist dem Fürsten bereits zugestellt worden. Bei dieser Sachlage erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Fürst Eulenburg sich bereits Anfang Juli vor dem Schwurgericht zu verantworten haben wird.

Wien, 6. Juni. Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten der Aristokratie und der Wiener Gesellschaft, darunter mehrere Abgeordnete, sind als Zeugen in der Affäre Eulenburg zum Wiener Landesgericht geladen, durchweg Persönlichkeiten, von welchen man weiß oder von welchen man behauptet, daß diese während der Wiener Woiwodschaftszeit Eulenburgs von 1896 bis 1902 in irgend welchen Beziehungen zu ihm gestanden haben.

Vom herrlichen Kriegsheer.

Strasbourg, 8. Juni. Die Hitze der vergangenen Woche hat in verschiedenen Truppenteilen der Reichslande Schäden angerichtet. In Strassburg selbst hat eine Kompanie, die im Badischen manövierte, beim Marsch vom Rhein her nach Strassburg Soldaten, die infolge von Hitze zusammengefallen, liegen gelassen. Vor den Toren der Stadt mußte die total erschöpfte Abteilung auf offener Straße den Marsch unterbrechen. Ähnliches wird aus der sächsischen Garnison Saargemünd gemeldet. Auch dort haben verschiedene Kompagnien durch Ueberanstrengung der Mannschaften Hitzschäden erlitten. Die reichslandische Presse beschäftigt sich lebhaft mit diesen Vorfällen, die sich im übrigen alljährlich wiederholen. In den elsässischen und lothringischen Grenzgarisonen wird, wie überall an der Grenze, ein besonders scharfer Drill betrieben, der auch an natürlichen Widerständen wie Hitze und Kälte nicht Halt macht. In dem besonderen Fall scheinen es die Vorbereitungen für die Kaisermanöver den Herren Vorgesetzten angetan zu haben. Bekanntlich wird dieses Jahr Elb- und Lothringen mit den Kaisermanövern beglückt.

Ungarische Gewaltpolitik.

Budapest, 8. Juni. Der für Pfingsten nach hier einberufene sozialdemokratische Arbeiterkongress wurde behördlich verboten und die zu diesem Zweck hier eingetroffenen auswärtigen Delegierten sofort verhaftet und abgeschoben.

Russisch.

Petersburg, 6. Juni. Im russischen Marine-Ministerium wurde ein großer Betrag aufgedeckt. Es wurden die Sparkassengelder der in der Seeschlacht von Tschushima umgekommenen Marineoffiziere durch einen Beamten des Marineministeriums, namens Sergejew, mit Hilfe anderer Personen veruntreut. Acht Damen gebildeter Kreise erhielten auf gefälschte Briefe der umgekommenen Offiziere, die Sergejew als echt bezeichnete, viele tausend Rubel. Auch fälschte er die Unterschriften des Gehilfen des Marineministers Admiral Bojtroem. Der größte Teil der Beute wanderte in Sergejews Kasse. Schließlich wurde das Finanzministerium aufmerksam und teilte sein Mißtrauen dem Marineministerium mit. Dieses nahm anfangs keine Notiz von der Sache, schließlich aber verweigerte der Finanzminister die weitere Auszahlung der Sparkassengelder. Ganz systematisch war die Zurückerforderung der Gelder stets in Beträgen von 2000 bis 3000 Rubel gefordert worden. Als Sergejew merkte, daß seine Betrügereien entdeckt worden waren, floh er unter Mitnahme von 40 000 Rubel, einer Summe, die ein Lieferant als Handgeld für Lieferungen eingezahlt hatte. Da auch einige Vorgesetzte Sergejews in die betrügerischen Manipulationen verwickelt sind, spielten sie jene 40 000 Rubel dem Sergejew abzüglich in die Hände, um ihm die Flucht zu ermöglichen. Im ganzen sind 200 000 Rubel Sparkassengelder veruntreut. Von 15 Damen, die Sergejews Komplizen waren, und in verschiedenen Städten Rußlands wohnten, sind einstweilen drei verhaftet worden. Wie der englische König den Willen seines Volkes respektiert.

London, 8. Juni. Infolge der Einwendungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei und eines Teiles der liberalen Presse gegen den Besuch des Königs Eduard in Rußland hat der König auf sein Vorhaben verzichtet, dem Jaren den Marschallstab der britischen Armee zu überreichen. Diesen Marschallstab besitzen bereits Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm.

Vereinsanzeiger.

Jahr. (Gewerkschaftsartell.) Die nächste Kartellung fällt aus. 2648 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Dienstag, den 9. Juni, morgens 6 Uhr: Schutterinsel 8.32, gef. 8 cm, Stehl 8.63, gef. 2 cm, Magau 5.46, gef. 3 cm, Mannheim 5.05, gef. 8 cm.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Geschäftliches.

Die englische Krankheit der Säuglinge bewirkt, besonders bei nicht rationeller Ernährung, sehr oft ein bedeutendes Zurückbleiben der Entwicklung der Arme und Beine im Verhältnis zu dem großen Kopfe. Durch die Ernährung mit „Kufele“ und Kuhmilch kann man die Entwicklung der Knochenbildung und des Muskelgewebes aufs günstigste beeinflussen. 2492

En gros Julius Strauß, Karlsruhe En détail
Kaiserstraße 189, zwischen Herren- und Waldstraße.
Größtes Spezialgeschäft in Besagartikeln, aller Arten Besagstoffen, Pajementieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Strümpfen, Kravatten, Fächeren u. c.
Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 872.
Blusen, halbfertige Roben u. c. sehr preiswert!

Erfinder!
Jeder kluge und zielbewusste Erfinder wendet sich stets an uns. 698
Größtes Entgegenkommen
für unbemittelte Erfinder. **Auskunft und Ratsschläge**, eventuell Vervollkommnung **kostenlos**.
Bayers Patent-Büros,
Karlsruhe, Ecke Habschstr. Freiburg, Trieb, Basel.

Todesanzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Frau und Mutter
Anna Maria Dold, geb. Behler
nach langem schwerem Leiden im Alter von 82 Jahren sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet heute Mittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus: Amalienstr. 15.
Um stille Teilnahme bitten. 2657
Die trauernden Hinterbliebenen.
Simon Dold und Kinder.

Todesanzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag Abend unser lieber Sohn
Friedrich
im Alter von 6 1/2 Jahren infolge eines Unglücks verschieden ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, 10. Juni, morgens 1/2 10 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.
Trauerhaus: Schützenstraße 22, IV.
Um stille Teilnahme bitten. 2658
Die trauernden Eltern und Geschwister:
Friedrich Braun, Schreiner.

Soziald. Partei Freiburg.
Mittwoch den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Löwenkeller
Öffentliche Wähler-Versammlung
zur Stadtverordnetenwahl.
Tagesordnung: **Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung.**
Referent: Stadtrat Peirotos aus Strassburg.
Zu dieser Versammlung ist jedermann, insbesondere die Arbeiterschaft höflichst eingeladen. 2647
Der Einberufer.

Zu verkaufen
umzugs halber sofort sehr billig 2 Vertikalen mit Röhren, stückerichtig, Herd und eine sehr gut erhaltene Nähmaschine.
Schützenstraße 90, 3. St.
Saubere einfache Bettstelle, Koffi, Stein, Hochhaarmatratze, gutes Federbett, zu 40 Mk. neuer Schrank Mk. 12, roter fast neuer Nippstivan Mk. 23, Uhlandstr. 22.
Kinderkleider werden billig angefertigt.
5. Fröschl, Klapprechtstr. 20, Stb. 2.

1 Pferd 3 Kalbinnen
und diverse kleinere Gewinne, kamen aus der Offenburger Lotterie an meine werthe Kundschaft, die ich sofort auszahle oder um gegen Neustinger à 3 Mk., 10 St. 28 Mk. — Pfälzer u. Anielinger à 1 Mk. 11 St. 10 Mk. Ferner empfehle alle sonst staatl. genehmigten Brämlerlöse, Effette u. c.
Carl Götz
Karlsruhe, Gebeistr. 11/15 beim Rathaus. 2651

Kaufhaus Max Bondy
Karlsruhe, Kaiserstr. 46 zwischen Adler- u. Kronenstr.
Während der Messe gewähre ich auf

Emaile	Porzellan	Triumphsfühle
Blechwaren	Steingut	Bürstenwaren
Zinkwaren	Bestecks	Calanferie- und
Holzwaren	Korbwaren	Spielwaren
Bügelbretter	Feldstühle	Spiegel

10 Proz. Rabatt.

Ohne Geld
Bügeleisen und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benutzung von
Flammers Seife nur eingewickelt
Flammers Seifenpulver
als die besten für Wäsche u. Haus millionenfach erprobt.

Stenographie-Kurs.
Der Stenographen-Verein Stolze-Schreyer beginnt Freitag, den 12. Juni, abends 8 halb 9 Uhr, in seinem Unterrichtslokal, Markgrafstr. Nr. 41, II. unter Leitung eines erprobten Stenographielehrers einen
Stenographie-Kurs für Anfänger.
Diejenigen Damen und Herren, die sich an diesem Kurse zu beteiligen wünschen, möchten sich zur bestimmten Zeit im Unterrichtslokal einfinden.
Honorar 9 Mark.
Der Vorstand.

Darlach.
Tüchtige gewandte Zeitungsträgerin
per 1. Juli gesucht. Bewerberinnen wollen sich melden bei F. Flohr, Friedrichstr. 5.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Karlsruhe.
Mittwoch, den 10. Juni, abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna“, Ede Wald- und Blumenstraße:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen der Generalversammlung in Stettin. 2654
Die Ortsverwaltung.

Ceres-Nudeln
Soeben frisch eingetroffen. Preiswürdigste, schmackhafte, Hausmacher Eiernudeln der Gegenwart. 2645
Luise Walter, Karlsruhe.

Arbeiter! abonniert den Volksfreund!

Während der Messe

Besonders billige Preise.

Wäsche
 Untertailen aus gutem Stoff mit 88 Pf.
 Untertailen m. br. Stiderei 1.45
 und Kapselstücken
 Damenhemden 1.28
 Damenhemden 2.85
 Damenhemden 98 Pf.
 Damenhemden 1.48
 Stiderei-Röcke 2.95
 breiter Stiderei
Trikofagen
 Maccohemden 1.45
 Maccohemden 1.75
 Maccohemden 2.65
 Maccohemden 1.85, 1.30, 1.10
 Herren-Mehjacken 95, 42 Pf.
 Herren-Maccojacken 1.10
 1.85, 1.45
Sport-Hemden
 für Herren und Hemden
 Größte Auswahl Enorm billig
Gürtel
 Damen-Fantasiagürtel 95 Pf.
 Kinder-Lackgürtel 18 Pf.
 Kinder-Ledergürtel 38 Pf.
 Knaben-Sportgürtel 48 Pf.
Modewaren
 Stickertrikotagen 38 Pf.
 Stickertrikotagen 95 Pf.
 Rokkollants 1.58
 Rokkollants 1.75

Waschstoffe
 Wollmouffeline, Satin, Zephyr, imit. Feinen, imit. Wollmouffeline
 Serie 1 2 3 4 5 6
 Meter 32 42 55 65 95 Pf. 1.20
 Schürzenstoffe ca. 120 cm breit 62 Pf.
 Bettkattun ca. 80 cm breit 42 Pf.
 Bettkattun ca. 130 cm br. 85 Pf.
 Möbelkattun ca. 80 cm br. 48 Pf.
 Schneidezunge 1.70, 95 Pf.
 Bettbarchend ca. 82 cm breit, glatt, rot und rosa gestreift 1.40, 75 Pf.
 Bettbarchend ca. 130 cm breit, nur erprobt Ia. 1.75, 1.25
 Hemdentuch, Qualitäten, Meter 55, 48, 42, 36 Pf.
Herren-Artikel
 Herren-Oberhemden, farbige mit 2.25
 Herren-Oberhemden, weiß glatt 2.70
 Serviteurs, glatt, gestickt u. m. 25 Pf.
 Garnituren, Serviteur und Manschetten, farbige Garnitur 1.95, 1.75, 1.45, 85 Pf.
 Hosenträger in enormer Auswahl, Paar 48 Pf.
Herren-Gravatten
 alle Fassons, stets das Neueste.
Handschuhe
 Lange Halbhandschuhe 35 Pf.
 Lange Halbhandschuhe 55 Pf.
 Kurze Halbhandschuhe 22 Pf.

Schuhwaren, bewährte Fabrikate
 Segelung-Halbschuhe
 Größe 23-36 27-30 31-35
 Paar 98 g 1.15 1.35
 Kinder-Sandalen, alle Farben
 Größe 23-26 27-30 31-35
 Paar 2.60 2.95 3.65
 Harburger Turnschuhe
 Größe 23-26 27-29 30-35
 Paar 1.25 1.45 1.75
 Damen-Spangenschuhe
 schwarz und gelb Paar 2.75
Konfektion
 Knaben-Blusen 85 Pf.
 Knaben-Anzüge 1.95
 Kinder-Kleidchen 85 Pf.
 Damen-Blusen 1.90
 Damen-Blusen 1.35
 Sport-Röcke 4.25
 Unterröcke 1.95
 Sonnenschirme
 in größter Auswahl Stück von 1.45
Putz
 Damen-Matlothüte 98 Pf.
 Kinder-Matrosenhüte 72 Pf.
 Knabenmatlothüte 32 Pf.
Korsetten
 aus guten Stoffen u. vorzüglicher Verarbeitung St. 2.25, 1.90, 1.65, 1.35
 Ein Posten breite Tüll- u. Spatelspitzen Wert bis 1.00 jetzt Meter 18 g

Achtung.

Zur Frühjahrsmesse bringen wir einen großen Posten Lasting- und Segeltuchschuhe für Herren, Damen u. Kinder zu staunend billigen Preisen und in allen Farben.
 Tuschuhfabrik Burkerl, Pledelbach
 Stand am Geschirrmarkt
 Durlach. Durlach.
Rastatter Sparkochherde
 empfiehlt in allen Größen in großer Auswahl mit zweijähriger Garantie.
 Reparaturen und Ausmannungen derselben werden rasch, gemäß und billigst ausgeführt.
 Heinrich Mannherz,
 Bleicher u. Justallateur,
 Danwstr. 2 (Gasth. z. Wilm)

Pfälz. Lotteriet
 I. Ser. z. Heb. d. P. f. d. Zucht etc.
 Lose à 1 Mark
 nur 25 000
 800 Gew. i. W. 12000
 von 1. W. 7000
 Wert der Hauptgewinne
 5000
Bar Geld
 n. Massgabe d. Verlosungsbestimmungen.
 Ziehung 25. Juni 1908
 General-Agentur
Peter Rixius
 in Ludwigshafen a. Rh.
 Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.
 (Porto u. Liste nach anfragen 50 Pfg. extra) empfehlen in
 Karlsruhe: Carl Götz,
 Habelstr. 11/15 u. E. Wegmann,
 Waldstr. 15. 2428

Geschäfts-Empfehlung.
Eduard Speck,
 Maler- und Tischergeschäft,
 Karlsruhe - Belerthstr.,
 Marie-Alexandrastraße 56 III.
 Werkstatt: Breitestr. 89.
 empfiehlt sich für alle in
 sein Fach einschlagende Ar-
 beiten, bei Zusicherung
 promptester Bedienung und
 Verwendung von nur prima
 Material.
 Preise sehr mäßig.

Herm. Schmoller & Cie.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.
 Sonntag den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr beginnend, im „Röhlen
 Krug“
Grosses Gartenfest
 unter Mitwirkung der Gewerkschaftskapelle und des
 Gesangsvereins Cassalia.
**Vokal- und Instrumentalkonzert, Volks- und
 Jugendbelustigungen.**
Ball.
 Eintritt pro erwachsene Person 20 Pfg.
 Kein Glückshafen! Hausieren verboten!
 Wir laden die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Stadt
 Karlsruhe zu diesem Arbeiterfeste freundlichst ein.
 Die Kommission.



Karlsruhe
 Kaiserstraße 133
 zwischen Marktplatz u. Kreuzstr.
 Preise der Plätze:
 50, 50 und 30 Pfg.
 Abonnenten, Vereine, Kinder u.
 Militär Ermäßigungen.
 Jeden Donnerstag neues
 Programm.
 Vorverkauf bei:
 Goschw. Knopf, Kaiserstr. 147,
 Ad. Stauffert, Kaiserstr. 113,
 C. Hotter, Karl-Friedrichstr. 32.

Als Zusatz zum Programm
 vom 9. bis inkl. 14. Juni
 (ohne Preiserhöhung).
 Das
**Eisenbahn-
 Unglück**
 in 2644
Contich, Belgien
 (am 21. Mai 1908).
 Der Expresszug Ant-
 werpen-Brüssel fährt auf
 einen in Contich haltenden
 Personenzug.
 Aufnahme 25 Minuten nach
 dem Zusammenstoß.

En gros **Schneider-Artikel** en détail
 Beste und billigste Bezugsquelle
 für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelstufen
 empfiehlt
 Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42
 Versand auch nach auswärtigen
 Posten Phantasie-Westen billig.

Ruckfläcke
 für Kinder von 70 Pfg. an
 für Erwachsene von 1.50 Mk. an
 sowie sämtliche Reifeartikel
 und Lederartikel empfiehlt
Max Oswald,
 Schützenstr. 42.

An- und Verkauf
 fortwährend getragene Herren-
 und Damenkleider, Schuhe
 und Stiefel, aber nur gute
 Sachen.
 Frau **Bertha Strecktuss,**
 Brunnenstraße 7, nächst der
 Durlacherstraße.

Schöne
2 Zimmer-Wohnung
 mit Kochgas- und Wasserleitung
 im Hinterhaus per 1. Juli zu
 vermieten.
 Müppurrerstr. 20,
 Bureau im Hof.
Guten Mittagstisch
 von 40 Pf. an empfiehlt
 2445 **H. Baumer**
 zum „Prinz Heinrich“
 Kurvenstraße 19.
Damen- u. Kinderkleider
 werden billigst angefertigt.
 Werderplatz 34, 4. St.

Strohöhüte

neueste Formen
 für
Herren u. Knaben
 = in größter Auswahl =
 = bei billigsten Preisen =

Theod. Zenker
 Gewerkschaftshufmacher
 Kaiserstr. 65 (gegenüber dem Polytechnikum)